

Von: Reiner Budnick <reiner.budnick@t-online.de>
Gesendet: Samstag, 31. August 2013 19:34
An: VS Hannover
Betreff: Meine Antworten auf Ihre Kandidatenfragen

Sehr geehrter Herr Schulze,

zunächst vielen Dank dafür, dass Sie auch Informationen bei den Kandidaten der Piratenpartei einholen.

Zu Ihren Fragen:

Thema Leiharbeit: Leiharbeit und Werkverträge müssen in den Betrieben die Ausnahme bleiben und dürfen nur zur Bewältigung von Produktionsspitzen oder für besondere Aufgaben eingesetzt werden. In unserer Gesetzgebung muss ausgeschlossen werden, dass durch Leiharbeit und Werkverträge das Stammpersonal in den Betrieben abgebaut wird. Es muss geregelt werden, dass Leiharbeiter nicht schlechter bezahlt werden als die Stammelegschaft – es sollte eher noch einen finanziellen Aufschlag geben.

Weiterhin finde ich es äußerst wichtig zu verhindern, dass durch den Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen unser demokratisches Recht auf betriebliche Mitbestimmung schleichend ausgehöhlt wird.

Thema Mindestlohn: Ein Mindestlohn sollte 9,02 Euro für unbefristete und 9,77 Euro für befristete Arbeitsverhältnisse betragen. Die genannten Beträge dürfen nicht statisch sein sondern sollen sich an einem durchschnittlichen Jahresarbeitslohn in Deutschland orientieren. Ebenso sollte ein Inflationsausgleich berücksichtigt werden. Den Mindestlohn sehe ich allerdings nur als eine Übergangslösung bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Einkommen hat auch etwas mit Menschenwürde zu tun. Ein Einkommen, das nicht zum Lebensunterhalt und zur gesellschaftlichen Teilhabe ausreicht, ist menschenunwürdig.

Thema Rente: Das Renteneintrittsalter sollte weiterhin mit dem 65. Lebensjahr erreicht sein. Auf dem aktuellen Arbeitsmarkt gibt es ohnehin kaum Jobs für ältere Menschen. Die Arbeit ist in vielen Bereichen mittlerweile so verdichtet, dass die Menschen zunehmend mehr an belastungsbedingten Erkrankungen leiden. Realität ist auch, dass in vielen Betrieben die Bestimmungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht eingehalten werden. Unter diesen Bedingungen macht eine Anhebung des Renteneintrittsalters keinen Sinn.

Eine Senkung des Rentenniveaus ist nicht hinnehmbar – das gilt insbesondere dann, wenn die Beschäftigten im Arbeitsleben ausschließlich oder überwiegend für einen Niedriglohn arbeiten mussten. Ich stehe für eine gesetzliche Mindestrente, die auch eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Mit der Abschaffung der geförderten Altersteilzeit hat der Staat leider ein geeignetes arbeitsmarktpolitisches Steuerungsinstrument aufgegeben. Der gleitende Übergang in den Ruhestand sollte m.E. weiterhin staatlich gefördert werden. Insbesondere die Arbeitstätigen aus Berufsgruppen, die schweren körperlichen oder psychischen Belastungen ausgesetzt sind, würden davon profitieren.

Thema Bildung: Jeder Mensch muss das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung haben. Derzeit findet eine zunehmende Kommerzialisierung des Bildungswesens statt. Damit ist keine Chancengleichheit gegeben. Bildungseinrichtungen müssen frei zugänglich sein, eine finanzielle Ausbildungsförderung muss darlehensfrei gewährt werden.

Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung!

Mit kollegialen Grüßen

Reiner Budnick